

## ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

**Amt/Eigenbetrieb:**

01 Stadtkanzlei

**Beteiligt:**

OB/B Büro des Oberbürgermeisters

**Betreff:**

Prozessablauf zur Anregung gem. § 24 GO NRW der Initiative Fridays for Future zur Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes durch die Stadt Hagen

**Beratungsfolge:**

11.07.2019 Rat der Stadt Hagen

**Beschlussfassung:**

Rat der Stadt Hagen

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

## Kurzfassung

entfällt

## Begründung

Während einer Kundgebung der Initiative Fridays for Future Hagen am 24.05.2019 wurde Herrn Oberbürgermeister Schulz eine Anregung nach § 24 GO NRW übergeben. Diese fordert den Rat der Stadt Hagen auf, die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency (sog. Klimanotstand) zu unterstützen. Die Anregung ist dieser Berichtsvorlage als Anlage beigefügt.

Über den Prozessablauf der Beratung dieser Anregung soll mit dieser Berichtsvorlage informiert werden.

Für die Ratssitzung am 04.04.2019 stellte die Fraktion Die Linke. den Antrag, dass ein/e Vertreter/in von Fridays for Future die Gelegenheit erhält, dem Rat der Stadt Hagen den Standpunkt der europaweiten Initiative zu erläutern. Es wurde beschlossen, dass die Verwaltung eine Veranstaltung zu diesem Thema organisieren soll. Bei dieser soll ein Austausch zwischen Mitgliedern von Fridays for Future sowie Ratsmitgliedern, Fachpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern stattfinden. Weiterhin soll explizit erörtert werden, wie die Jugendlichen sich in die das Thema betreffenden politischen Prozesse einbringen und welche zusätzlichen Möglichkeiten und Angebote geschaffen werden können.

Seit dem Beschluss des Rates hat ein Austausch zwischen dem Oberbürgermeister und Vertreterinnen von Fridays for Future über deren Vorstellungen für einen Dialog stattgefunden. Auf dieser Basis wird im Anschluss an die Sommerferien die beschlossene Veranstaltung stattfinden. Die Vertreterinnen von Fridays for Future legten großen Wert auf eine Begegnung auf Augenhöhe. Ihnen soll auf eigenen Wunsch hin die Zeit der Sommerferien zur Vorbereitung dienen.

Nach bisherigem Stand der Abstimmung wird diese Veranstaltung im Ratssaal stattfinden. Hier erfolgt eine offene Bestuhlung ohne Tische.

Fridays for Future und Stadt erhalten gleiche Redezeiten um einerseits die Forderungen der Bewegung zu formulieren und andererseits über laufende und projektierte Maßnahmen zum Klimaschutz seitens der Stadt zu berichten. Anschließend soll ein offener Austausch erfolgen. Der Oberbürgermeister übernimmt gemeinsam mit Vertretern/innen von Fridays for Future die Moderation. Die Veranstaltung ist als öffentliche Veranstaltung unter der Teilnahme der Medien geplant. Eingeladen werden die Verwaltungsleitung, die Mitglieder des Rates sowie der entsprechenden Fachausschüsse, die Fachverwaltung und Aktive von Fridays for Future.

Die Koordinierung dafür erfolgt durch die Stadtkanzlei und das Büro des Oberbürgermeisters, die inhaltliche Vorbereitung liegt bei der Fachverwaltung. Die Ergebnisse dieser Gespräche sowie eine Aufstellung über bereits getroffene städtische Maßnahmen werden anschließend in einer Beschlussvorlage für den Rat gebündelt.

Die nach § 24 GO NRW gestellte Anregung zur Unterstützung der Resolution des Climate Emergency ist gemäß § 11 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Hagen im Ausschuss für Beschwerden, Anregungen, Bürgerdienste und Ordnungspartnerschaften zu behandeln. Die Verwaltung wird den Antrag aufgreifen und eine Beschlussvorlage vorbereiten. Diese wird anschließend im Ausschuss für Beschwerden, Anregungen, Bürgerdienste und Ordnungspartnerschaften am 24.09.2019, im Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität am 30.10.2019 und im Rat am 14.11.2019 beraten.

### **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

### **Finanzielle Auswirkungen**

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez. Erik O. Schulz

Oberbürgermeister

## Verfügung / Unterschriften

### Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
**Oberbürgermeister**

Gesehen:

\_\_\_\_\_  
**Erster Beigeordneter  
und Stadtkämmerer**

Amt/Eigenbetrieb:

\_\_\_\_\_  
**Stadtsyndikus**

\_\_\_\_\_  
**Beigeordnete/r  
Die Betriebsleitung  
Gegenzeichen:**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb: \_\_\_\_\_ Anzahl: \_\_\_\_\_

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

An den  
Oberbürgermeister der  
Stadt Hagen  
Erik O. Schulz



Hagen, 24.05.2019

## Anregung nach §24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen -Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen-

Der Rat von Hagen möge beschließen:

"Die Stadt Hagen unterstützt die Resolution zur Ausrufung **des Climate Emergency («Klimanotstand»)**<sup>11</sup>, wie sie in dieser Anregung niedergelegt ist."

### Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenteren Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten.

Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt:

**Es ist Zeit zu handeln!**

### Resolution zur Ausrufung **des Climate Emergency («Klimanotstand»)**<sup>11</sup>

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein **Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem**.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf **kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene** griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen.

**Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!**

Die Kommune erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner **schwerwiegenden Folgen** als Aufgabe von höchster Priorität:

- Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, **gesellschaftliche** und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Kommune fordert von der Bundesregierung die Einführung eines **Klimaschutzgesetzes**, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der **Klimaneutralität** in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Kommune fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergripen werden, informieren.
- [1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.



FridaysForFuture Hagen